

Ist die „Evaluitis“ heilbar?

Gutachten müssen „teurer“ werden, um der Flut von Evaluierungswünschen Herr zu werden und den „Wert“ der Gutachten zu steigern.

Eberhard Umbach

Kein Zweifel, Evaluationen sind in jedem Wissenschaftssystem unbedingt erforderlich. Niemand wird kritisieren, dass Forschungsprogramme oder Großgeräte von unabhängigen Wissenschaftlern begutachtet und Institute oder Forschungszentren evaluiert werden. Habilitationsschriften, Kandidaten für Stipendien, Preise und Professorenstellen müssen von externen Fachleuten beurteilt werden. Für den Wert von Publikationen ist es unverzichtbar, die Manuskripte eingehend zu begutachten. Bisheriges Fazit: Unser Begutachtungssystem hat insgesamt erstaunlich gut funktioniert und dazu beigetragen, der deutschen Forschungslandschaft international zu einem hervorragenden Ruf zu verhelfen.

In letzter Zeit beginnt dieses System allerdings aus den Fugen zu geraten. Die Evaluierungswünsche nehmen drastisch zu, ja man kann mittlerweile von „Evaluitis“ sprechen. Ursachen hierfür sind der berechtigte Wunsch, die Ressourcen möglichst optimal einzusetzen, sowie die zunehmende Forderung nach mehr Wettbewerb und nach „Rankings“. Hinzu kommt, dass man sich vielerorts nicht mehr traut, Entscheidungen ohne „Absicherung“ durch zahlreiche Gutachten zu fällen.

Wie wirkt sich das aus? Beispiel Helmholtz-Gemeinschaft: Bisher hat jedes Zentrum bzw. jedes Institut eines größeren Zentrums einen wissenschaftlichen Beirat, der häufig auch Evaluierungsaufgaben übernimmt. Nach einem Intermezzo mit dem Strategiefonds geht die HGF jetzt zur Programmsteuerung über, die neben zusätzlicher Bürokratisierung einen beträchtlichen Mehraufwand an externer Begutachtung hervorrufen wird.

Beispiel Hochschule: Es bürgert sich ein, Universitäten und Fachbereiche durch hochrangige Gutachter evaluieren zu lassen. Im Prinzip eine gute Sache, wenn sie nicht nur dazu dient, Argumente für Kürzungsmaßnahmen zu sammeln. Hinzu kommt nun das neue Hoch-

schulrahmengesetz, durch das der Begutachtungsaufwand weiter steigen wird. Will man z. B. eine echte Leistungsbeurteilung der Professoren erreichen, wird man sie wohl in regelmäßigen Abständen evaluieren müssen.

Die Liste der zusätzlich auf uns zukommenden Evaluierungs- und Begutachtungsanforderungen ließe sich beliebig fortsetzen: Juniorprofessoren, mehr Forschungsanträge, mehr Publikationen, weitere Institutsevaluationen, neue Preise, usw. Wo soll das hinführen und – vor allem – wer soll diesen ganzen Begutachtungsaufwand leisten? Natürlich werden dazu alle Beteiligten in die Pflicht genommen. Der Begutachtungsmehraufwand, der unglücklicherweise mit einem allseits gestiegenen Verwaltungsaufwand zusammentrifft, behindert aber mittlerweile massiv Forschung und Lehre, die es eigentlich zu optimieren gilt. Besonders belastet werden dabei Gutachter mit großem Überblick und viel Erfahrung. Es wird daher immer schwieriger, aussagekräftige Gutachten zu erhalten. Ketzerisch ausgedrückt ist manches Gutachten kaum das Papier wert, auf dem es (aus)gedruckt ist.

Bei der Analyse der Ursachen der Evaluitis fällt auf, dass der „Wert“ der Gutachten offensichtlich zu gering ist: Wie ist es sonst möglich, dass gar mancher hochkarätige Evaluierungsbericht, der in wochenlanger Arbeit erstellt wurde, in den Regalen der Ministerien verstaubt? Oder haben sich etwa die Verantwortlichen für das neue Hochschulrahmengesetz oder die HGF-Programmsteuerung Gedanken über den enormen Evaluierungsmehraufwand gemacht? Wohl kaum. Und wie groß kann die Begeisterung eines Hochschullehrers sein, der in einer normalen Semesterwoche von der DFG drei Anträge und von verschiedenen Zeitschriften drei Manuskripte, dazu drei Diplom-/Doktorarbeiten und von anderen Fakultäten drei Habilitationen oder Professorenbewerbungen zur Begutachtung auf den Schreibtisch bekommt? Außer-

dem muss er wohl damit rechnen, dass er über die Besetzung der von ihm begutachteten Professorenstellen erst nach vielen Monaten durch die Gerüchteküche erfährt, während seine Vorschläge zur Verbesserung der Manuskripte schlichtweg ignoriert werden. Muss er da nicht den Eindruck gewinnen, dass die ganze Begutachtungsmühe „nichts wert“ ist?

Hier muss sich etwas ändern. In unserer Gesellschaft gilt, dass alles, was nichts kostet, auch nichts wert ist. Selbst wenn wir dieses Kriterium im Wissenschaftsbetrieb nicht so pauschal anwenden, spielt es bei der Anforderung von Gutachten auch eine signifikante Rolle. Man wird mit einem „teuren“ Bericht sorgfältiger umgehen – auf Gutachter- und Empfängerseite.

Deshalb plädiere ich dafür, jedem Gutachter entsprechend seinem Begutachtungsaufwand Forschungsmittel zur flexiblen Finanzierung seiner eigenen Forschung und Lehre zur Verfügung zu stellen. Damit würde Evaluierung „wertvoller“ und der Gutachter in seinen eigentlichen Aufgaben unterstützt. Außerdem würden seine Arbeitsgruppe und sein Arbeitgeber eine gewisse Kompensation erfahren. Schließlich wäre eine solche Regelung gerechter, denn der Gutachter kann während dieser Tätigkeit keine eigenen Anträge, Berichte oder Publikationen schreiben und ist dadurch benachteiligt. Zweifelsohne müsste man sich noch über Summen unterhalten, die aber durchaus im Prozentbereich der zu beurteilenden Forschungsanträge oder Etats der zu beurteilenden Institutionen liegen sollten. Beginnen könnte man mit Evaluierungen, die von der Politik veranlasst werden oder größere Forschungseinrichtungen betreffen, sowie mit der Begutachtung von Drittmittelanträgen und Professorenstellen. Ist es nicht erklärtes Ziel aller Politiker und Medien, dass sich Leistung – hier Begutachtungsleistung – lohnen sollte? Na, also.



Prof. Dr. Eberhard Umbach ist Professor für Experimentelle Physik an der Universität Würzburg und in verschiedenen Gremien und Beiräten tätig.